

Georges Gudenburg

Grundwerte einer liberalen Partei in Zeiten gesellschaftlichen Wandels

Die Geschichte des Liberalismus ist die Geschichte von Freiheit und Toleranz. Doch die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen sind heute anders, als dies noch vor wenigen Jahrhunderten, wenigen Jahrzehnten der Fall war. Ist Liberalismus demnach heute anders zu verstehen als früher, heißt liberal sein heute etwas anderes als früher? Die Antwort ist ein klares Nein. Das Wesen des Liberalismus hat sich nicht verändert, lediglich seine Anwendung wurde im Laufe der Zeit differenzierter.

„Freiheit ist immer nur die Freiheit des anders Denkenden!“. Der Spruch stammt von Rosa Luxemburg, einer waschechten Kommunistin, doch er ist heute noch genau so richtig, wie er es vor hundert Jahren war – auch und gerade für einen Liberalen. Der amerikanische Schriftsteller Paul Watzlawick verfasste seinerseits einen der Leitsätze, wie ihn sich Liberale gerne ins Stammbuch schreiben: „Ich bin frei, denn ich bin einer Wirklichkeit nicht ausgeliefert, ich kann sie gestalten“.

Die Grundthesen des Liberalismus haben sich nicht verändert, sie sind nach wie vor aktuell. Doch eingangs des 21. Jahrhunderts befindet sich Luxemburg in einem tiefgreifenden Wandel, der seinerseits grundsätzliche Fragen aufwirft, die einer Antwort bedürfen: Wirtschaftliche Unwegsamkeiten, Defizit im Staatshaushalt, steigende Steuern, steigende Arbeitslosigkeit, immer mehr Menschen, die nicht am Wohlstand eines der reichsten Länder der Welt teilhaben und an der Armutsgrenze

leben, Gleichgültigkeit, Erderwärmung, Globalisierung. Fragen, denen sich der Liberale, fußend auf seinen Grundwerten, stellen muss. Doch wie soll sich der Liberale in diesem schwierigen Umfeld verhalten, in dem die Menschen verunsichert sind, der Zukunft mit Skepsis begegnen und sich nur allzu gerne jenen ausliefern, die Rettung versprechen und vorgaukeln, jegliches Ungemach fernhalten zu können?

Liberale stellen sich und ihre Errungenschaften selbst immer wieder in Frage, schlagen ihre Zelte nicht auf einmal eingenommenen Positionen auf.

Der Chansonnier Maurice Chevalier warnte vor diesem Schlag Politiker, die für ihn nur „Händler in Versprechungen“ waren. Auch Lothar Späth erkannte das Problem, als er sinngemäß behauptete, dass die Politiker in einem großen Verdrängungswettbewerb stehen, allerdings nicht untereinander, sondern im gemeinsamen Verdrängen der Realität.

Diese fast schon fatalistischen Feststellungen gelten auch hierzulande, wo Politik und Realitätssinn weiter auseinanderdriften. Es obliegt den fortschrittlichen Parteien, diese gefährliche Trägheit zu durchbrechen.

Liberalismus und liberale Politik in Luxemburg zu Beginn des 21. Jahrhunderts

Zwei der wesentlichen Merkmale des Liberalismus waren seit jeher das Bekenntnis zur Freiheit des Individuums, sowie der fast schon kompromisslose Hang zur Toleranz. Doch angesichts verschiedener politischer Entwicklungen und ihrer vermeintlichen Akzeptanz in der Bevölkerung muss die Frage gestellt werden, ob wir diese Tugenden heute überhaupt noch benötigen.

Kurt Tucholsky definierte die Toleranz der Liberalen mit dem „Verdacht, der andere könnte Recht haben“. Die Debatten bezüglich des um sich greifenden Terrorismus sowie die scheinbare Konfrontation religiöser Weltanschauungen zeigen deutlich auf, dass es in

wesentlichen Teilen der gesellschaftspolitischen Debatte einfacher geworden ist, mit „Law and Order“-Thesen Land zu gewinnen als mit nuancierten Stellungnahmen. Doch die beiden vorgenannten Probleme zeigen auch auf, wie schnell eine Gesellschaft bereit ist, Freiheiten aufzugeben, weniger tolerant zu sein.

Die politische Debatte in Luxemburg ist daher auch zu einer Debatte über den Erhalt liberaler Grundwerte geworden, die in einer grundsätzlicheren Auseinandersetzung über den Zustand der Gesellschaft insgesamt und ihre weitere Entwicklung münden müsste.

In diesem Zusammenhang belegt der Ausspruch Tucholskys aufs Vortrefflichste eine der Einstellungen liberal gesinnter Menschen: Der Verdacht, der andere könnte Recht haben heißt, dass Liberale dauernd ihre Positionen überprüfen, denn einmal getroffene Entscheidungen sind nicht zwingend richtig für die Ewigkeit. Entscheidungen werden immer im Lichte der Argumente und Stimmungen der Zeit gefällt; Entscheidungen, die uns heute als absolut richtig erscheinen, können sich also im Laufe der Zeit verändern, da die Argumente, die Stimmungen, die Gesellschaft selbst einem steten Wandel unterliegen.

Entscheidungen sind demnach immer nur so richtig, wie das Umfeld in dem die Entscheidungen getroffen wurden, sich nicht verändert.

Liberale stellen sich und ihre Errungenschaften selbst immer wieder in Frage, schlagen ihre Zelte nicht auf einmal eingenommenen Positionen auf. Diese Fähigkeit zur Selbstkritik ist einer der wesentlichen Unterschiede zwischen einer liberalen Partei und anderen Parteien. Liberale haben eine weltanschauliche Betrachtungsweise verinnerlicht, die ihre Charakteristika in der Offenheit „anderen“ und „anderem“ gegenüber sieht.

Es gibt für einen Liberalen keine endgültige Wahrheit und keine definitive Erkenntnis. Es gibt nur den stetigen Wandel, einen Wandel, dem gezwungenermaßen auch die Politik unterworfen ist.

In dieser Feststellung liegt auch der wesentliche Unterschied der Liberalen zu anderen Parteien im politischen Spektrum Luxemburgs. Für einen Liberalen ist die politische Debatte eine Konfrontation von Überzeugungen. Er



Die Regierung Dupong-Schaus, erste Regierungskoalition von CSV und Groupement patriotique et démocratique von 1947 bis 1951. (Foto: Théo Mey, © Photothèque de la Ville de Luxembourg)

kann daher nicht nachvollziehen, dass eine Volkspartei wie die CSV ständig zwischen den verschiedenen politischen Strömungen im Land hin und her navigiert. Für den Liberalen mündet der Versuch, dem Wähler einreden zu wollen, man könne immer alles Recht

Die Grünen definieren sich heute fast nur noch durch ihren ausgeprägten Hang zum staatlichen Dirigismus und ihrem unbändigen Willen Regierungsverantwortung zu übernehmen.

machen zwangsweise in einer aufgeweichten Politik, die eine erkennbare politische Linie vermissen lässt. Eine solche Politik wird zu einem Sammelurium an Forderungen und Feststellungen, die sich selbst neutralisieren – sehr zum Nachteil der Wähler.

In Anbetracht dessen ist es daher umso betrüblicher, dass die LSAP es schmerzlich vermissen lässt, innerhalb dieser Regierung ihre Grundwerte besser nach vorne zu tragen. Obwohl ein Liberaler auch immer ein sozial denkender Mensch ist, zeigt sich gegenüber einer sozialistischen Partei der Unterschied zwischen beiden in ihrem Verhältnis zum Staat, das bei den Liberalen wesentlich differenzierter ist. Während

der Liberale dem Einfluss des Staates enge Grenzen setzt, folgt eine LSAP dem Postulat der Allmacht des Staates. Der Staat soll alles regeln – diese Haltung verlangt natürlich enorme Ressourcen, auch finanzieller Art. Der Handlungsspielraum des Individuums wird prinzipiell dem des Kollektivs untergeordnet. Für den Liberalen ein Unding.

Auch die Grünen differenzieren sich heute in ihren Haltungen stark von den Liberalen. Zu ihren Ursprungszeiten waren die Grünen noch eine fortschrittliche und gesellschaftspolitisch offene Partei, die sich heute indes fast nur noch durch ihren ausgeprägten Hang zum staatlichen Dirigismus und ihrem unbändigen Willen Regierungsverantwortung zu übernehmen definiert. Wenn es der Durchsetzung eigener Ziele dient, drehen die Grünen, wie die Sozialisten, gerne an der Steuerschraube. Auch wenn die Grünen glauben machen möchten, dass sie in weiten Teilen auch eine liberale Politik betreiben, so erkennt man bei genauerem Hinsehen, dass die Umsetzung grüner Politik mit liberalen Prinzipien wenig bis nichts zu tun hat. Zudem sind die Grünen anders als die Liberalen eher fortschrittsskeptisch, wie ihre Haltung in Fragen der Gentechnologie beispielsweise verdeutlicht.

Der Liberale sieht in den vorgenannten Parteien, inklusive ADR, die ideologisch nichts mit den Liberalen gemein hat, Organisationen, die sich nur schwerlich von ihren Positionen trennen, oder



Regierungsbeteiligung der DP in der Regierung Juncker-Polfer von 1999 bis 2004.
(© SIP)

auch nur wagen würden, sie in Frage zu stellen.

Liberalismus aber ist ein stetes Hinterfragen und Neuanpassen. Daher wird dem Liberalen auch gerne der Vorwurf entgegengehalten, er würde seine Meinung schnell ändern und hätte keine klar definierte Auffassung, er würde sich also „nach dem Wind drehen“. Dieser Vorwurf aber entbehrt jeglicher Grundlage und fußt auf einer fundamentalen Misskenntnis liberaler Werte. Die Formulierung dieses Vorwurfs ist allerdings für den weniger bis gar nicht liberal eingestellten politischen Gegner ein Leichtes. Daher wird oftmals versucht, liberale Politik durch solche Einwände zu untergraben. Der politisch interessierte Betrachter wird aber erkennen, dass der Vorwurf nicht stimmt und allein dem Zwecke dient, sich nicht mit den Grundwerten liberaler Politik auseinandersetzen zu müssen.

Der Liberale glaubt an die Kraft der Überlegung, ihm ist das Emotionale in einer Debatte suspekt. Der deutsche Philosoph Friedrich Nietzsche formulierte als einer der Ersten eine der Grundhaltungen des Liberalen: „Man verdirbt einen Jüngling am sichersten, wenn man ihn verleitet, den Gleichdenkenden höher zu achten als den Andersdenkenden“.

Nietzsche bezog seine These zwar allein auf die Gleich- und Andersdenkenden, doch im Wesentlichen geht seine Aussage weit über den Prozess des Denkens hinaus: Der Liberale tritt dafür ein, dass

der „andere“ sein Recht hat, so zu denken und zu handeln, wie es ihm selbst rechtens erscheint.

Das Kollektiv, das seine Legitimität allein auf dem Vorhandensein der Individuen gründet, hat für den Liberalen nur eine untergeordnete, eine organisierende Rolle zu spielen – und nicht die Rolle

Hätten unsere Vorfahren immer nur die Forderungen gestellt, die gesellschaftlich annehmbar waren, hätte nie eine Frau die Scheidung einreichen können [...].

des Meinungsgebers, des Wächters. Der Staat hat im legislativen Prozess die Grenzen zu ziehen, die es erlauben sollen, dass alle, jene die eine Mehrheit darstellen aber auch und insbesondere jene, die eine Minderheit darstellen, ihr Leben selbst so gestalten zu können, wie sie es möchten. Die Mehrheit hat niemals das Recht (oder nur sehr selten und auch nur in extremen Fällen), ihre Meinung einer Minderheit aufzuzwingen, nur weil sie die Mehrheit darstellt. Die Kraft einer Gesellschaft erklärt sich aus der Kraft der Einzelnen, die die Gesellschaft formen. Die Gesellschaft, die das Individuum verkennt oder verschmäht, bleibt kraftlos.

Auf dieser Einstellung gründend erklärt sich beispielsweise auch die von dem

Autor dieser Zeilen vor wenigen Monaten formulierte Forderung, homosexuellen Paaren das Recht zur zivilrechtlichen Heirat und zur Adoption von Kindern zuzugestehen: Der Staat und die Gesellschaft haben nicht das Recht, über „Anderslebende“ zu richten, nur weil sie den Normen der Mehrheit nicht oder nicht mehr entsprechen. Wer mag es sich anmaßen, andere zu verdammen aufgrund ihrer Neigungen? Wo wäre im Übrigen die Grenze zu ziehen? Bei der Hautfarbe, dem sonntäglichen Kirchgang?

Die zu Zeiten Friedrich II. noch geltende Faustregel „In meinem Staate kann jeder nach seiner Fassung selig werden“ gilt wohl heute noch, allerdings ist sie praktisch noch immer schwierig umzusetzen. Die Forderung, homosexuelle Paare endlich richtig anzuerkennen, bedingt sicherlich einen Mentalitätswandel in der Gesellschaft, wie die teilweise harschen Reaktionen, insbesondere aus verschiedenen konservativen Kreisen, belegen. Doch vor Forderungen zurückzuschrecken, nur weil die Gesellschaft noch nicht so weit ist, wäre wiederum falsch, denn nur die Forderungen zu formulieren, die in der Gesellschaft annehmbar sind, verhindert die Weiterentwicklung der Gesellschaft – ein im Globalisierungsprozess fataler Zustand.

Hätten unsere Vorfahren immer nur die Forderungen gestellt, die gesellschaftlich annehmbar waren, hätte nie eine Frau die Scheidung einreichen können – könnte sie es heute noch nicht. Die Vorreiterinnen in dieser Thematik waren ihrer Zeit damals weit voraus und wurden teilweise auch mit gesellschaftlicher Ächtung bestraft. Der Mut dieser Frauen aber nötigt einem auch heute noch, da Scheidungen längst akzeptiert sind, großen Respekt ab. Liberale befürworten fortschrittliche Gesellschaftsnormen, auch gegen vermeintliche gesellschaftliche Bedenken.

Liberal sein ist nicht die Alternative, sondern die Lösung

Die zurzeit geführten Debatten um Staatshaushalt, Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsentwicklung verdeutlichen, dass die uns lieb gewonnenen Gewohnheiten an ihre Grenzen stoßen, an Grenzen, die wir vor wenigen Jahren noch nicht erkennen konnten. Die Luxemburger müssen ihre Einstellung überdenken

und in Frage stellen, müssen sich befreien von der Annahme, dass irgendwer schon alles richten wird und somit der gewohnte Trott allen Unwegsamkeiten zum Trotz beibehalten werden kann.

Es gilt aufzupassen, dass wir als Gesellschaft agil bleiben, nicht abstumpfen und uns nicht zu sehr einer vermeintlich allwissenden politischen Führung ausliefern. Die Schriftstellerin Marie von Ebner-Eschenbach brachte diese Gefahr auf den Punkt: „Die glücklichen Sklaven sind die erbittertsten Feinde der Freiheit.“

Man kann darüber diskutieren, ob die allgemeine Entwicklung, die Globalisierung der Wirtschaft, der Wandel der Gesellschaft gut oder schlecht ist: Fakt ist, dass jeder seinen Platz in dieser durch tief greifende Umwälzungen charakterisierten Zeit finden muss.

Wenn wir ehrlich mit uns selbst sind, können wir nicht davon ausgehen, dass in einem globalisierten Umfeld irgendjemand außerhalb Luxemburgs Rücksicht auf die oftmals beschworenen luxemburgischen Eigenschaften, das Luxemburger Modell nimmt. Luxemburg muss sich den Herausforderungen selbst stellen, sowohl national als auch international. In diesem Umfeld glauben machen zu wollen, es könne alles so bleiben wie es ist, ist eine fatale, sogar fahrlässige Versprechung, die eines der großen Dilemmen der Politik verdeutlicht: Außer dem Stimmenverlust bei Wahlen drohen dem Politiker kaum Konsequenzen, egal wie nachhaltig die von seiner Politik angerichteten „Schäden“ sind.

In Bezug auf die wesentlichen Herausforderungen, denen sich unser Land zu stellen hat, bleibt aus liberaler Sicht festzuhalten, dass eine verschleierte Sichtweise der Probleme wenig hilfreich ist, da sie zwangsläufig zu einer verschleierten Politik führt.

Die Aussage eines führenden heimischen Politikers, er „wisse wohl, wie die Probleme des Landes zu lösen seien, habe dann aber keine Ahnung mehr, wie er die nächsten Wahlen gewinnen solle“, ist demnach in höchstem Maße verwerflich, denn sie suggeriert, dass der Wähler belogen werden möchte, da er intellektuell nicht im Stande ist, eine Wahrheit als solche zu erkennen und zu würdigen.

Die liberale Sichtweise steht solchen Unterstellungen diametral gegenüber,

da sie vom Grundnaturell her offen ist für Denkanstöße, offen ist für alles „Andere“, verglichen mit dem jetzt Bekannten oder Gewohnten, und an die Verantwortung des Einzelnen glaubt.

In Wirklichkeit stellt sich daher nicht die Frage, ob es noch Handlungsspielraum für liberale Politik gibt, ganz im Gegenteil – ohne liberale Politik, beziehungsweise liberale Haltungen bei Politikern, können wir die Herausforderungen der Zeit nicht mehr meistern.

Die letzten zwei Jahrzehnte reduzierte sich die Politik in Luxemburg fast allein auf die Verwaltung des Wohlstands. Die nunmehr kommenden Jahre aber werden geprägt sein durch den Aufbruch in

Die hierzulande erkennbare politische Tendenz geht unverkennbar in Richtung Stärkung vermeintlicher(!) Kollektivinteressen gegenüber jenen des Einzelnen.

eine neue Zukunft, durch neue, teilweise sicherlich auch sehr unangenehme Herausforderungen, aber auch durch neue Chancen und Möglichkeiten.

Die Zukunft wird uns Wege aufzeigen, die vielleicht nicht einfach zu begehen sein werden, die aber ungeahnte Opportunitäten bergen. Nur selten zuvor war es einigen wenigen Generationen gegönnt, den Verlauf ihres Lebens derart neu zu gestalten, wie wir es derzeit erleben und in den kommenden Jahren noch erleben werden.

Die liberale Botschaft ist die des Aufbruchs und des Optimismus und nicht die, wie sie in konservativen Kreisen gerne verbreitet ist, der Ablehnung des Neuen und Unbekannten. Die Zukunft gehört jenen, die ihr offensiv begegnen, jenen die bereit sind, sich neu zu positionieren und Gewohntes in Frage zu stellen, jenen, die es nicht scheuen, sich notwendigerweise auch von Altbewährtem zu verabschieden, wenn dieses einer gesicherten Zukunft nicht mehr dienlich ist.

Es obliegt daher den Liberalen, insbesondere in Zeiten des gesellschaftlichen Wandels, eine führende Rolle zu übernehmen, um den Prozess der Umgestal-

tung mitzubestimmen, ihn dort anzuführen, wo es sein muss.

Wir sind von einer Verwirklichung der liberalen Ideale, wie sie schon vor Jahrhunderten formuliert wurden, auch heute noch weit entfernt sind. Obwohl es mittlerweile schon enorme Fortschritte gab, so bestehen heutzutage doch noch viele, meist staatlich organisierte oder geförderte Zwangsordnungen, die Menschen bevormunden und ihnen das Recht der individuellen Entfaltungsmöglichkeit und der individuellen Verantwortlichkeit unter dem Deckmantel eines unbestimmbaren und oftmals ungerechtfertigten Kollektivinteresses aberkennen.

Die hierzulande erkennbare politische Tendenz geht unverkennbar in Richtung Stärkung vermeintlicher(!) Kollektivinteressen gegenüber jenen des Einzelnen. Es obliegt den Liberalen, gegen diese Tendenz anzukämpfen, denn die kollektiven Rechte können nicht funktionieren, ohne dass zuvor die individuellen Kernrechte verlässlich gesichert worden sind.

Der Liberale sieht im Einzelnen, in seiner Mündigkeit, in seiner Fähigkeit, Entscheidungen zu treffen und Verantwortung zu übernehmen, die eigentliche Würde des Menschen. Ein Liberaler ist daher immer auch ein sozial denkender Mensch.

Doch der Liberalismus wäre nicht der Liberalismus, wenn er nicht auch seine Grenzen erkennen würde, dies insbesondere auch auf das Postulat der Toleranz bezogen. Der Philosoph Karl Popper brachte diese Grenze auf den Punkt: „Im Namen der Toleranz sollten wir das Recht beanspruchen, die Intoleranz nicht zu tolerieren.“

Dies ist eine Antwort auf die Frage, die den Liberalismus selbst *ad absurdum* zu führen scheint: Da dem Liberalen jegliche festgefahrenen Anschauungen und Positionen ein Gräuöl sind, argumentiert er mit seiner ihm typischen Offenheit gegen jene, die glauben, dass allein ihre Überzeugungen richtig sind, und die nicht bereit sind, sich und ihre Darstellungen in Frage zu stellen.

Angesichts eines solchen Extremis und des Versuches des Liberalen, seinen Gegenüber von der Notwendigkeit (welt)offener Anschauungen zu überzeugen, wird dem Liberalen dann gerne

vorgeworfen, ebenfalls an sich nichts Anderes als ein, im positiven Sinne des Wortes, „Extremist“ zu sein, dem es nur darum geht, andere von seiner Doktrin zu überzeugen, dem anderen seine eigene Weltanschauung aufzuzwingen.

Dies ist das Dilemma des Liberalismus – der Liberale, der getroffene Entscheidungen, Überlegungen und Überzeugungen immer wieder auf ihre Richtigkeit überprüft, muss also auch stetig die Konsequenzen seiner Ureinsetzung überprüfen, die des liberal sein. Ein Unterfangen, das, konsequent zu Ende gedacht, in einer Pattsituation zu enden droht. Die Entscheidung, die Toleranz solange gelten zu lassen, bis sie auf Intoleranz trifft, ist der einzige Ausweg aus diesem Dilemma, auch wenn die kompromisslose Ablehnung der Intoleranz selbst als intolerant bezeichnet werden kann.

Eines der Probleme des Liberalismus ist daher, die Intoleranz als solche zu erkennen und sie nicht unter dem Deckmantel der Toleranz, Freiheit und Eigenverantwortung durchgehen zu lassen. Die Notwendigkeit des Liberalismus selbst steht dagegen außer Frage.

Neue Herausforderungen an Gesellschaft und Politik

Toleranz, Freiheit, Verantwortung des Einzelnen – schöne Konzepte, doch wie schlagen sie sich in der realen Politik nieder? Im Folgenden soll dies anhand einiger weniger Beispiele aufgezeigt werden.

Hank Paulson, momentaner US-Finanzminister, trat sein Amt mit dem schönen Spruch an: „Wenn es große Probleme zu lösen gilt, sollte man auf sie zugehen, nicht vor ihnen weglaufen“. Luxemburg hat Probleme – noch sind es keine unüberwindbaren, doch sie sollten gelöst werden, solange sie noch lösbar sind. Dem neutralen politischen Beobachter wird indes nicht entgangen sein, dass die Politik, oder zumindest große Teile davon, Schwierigkeiten damit zu haben scheint, die Probleme gezielt und offen anzugehen.

Trotz massiven Wirtschaftswachstums bleibt zum Beispiel der Haushalt in einer prekären Lage, nicht weil die Einkommenseite schwächeln würde, sondern weil die Ausgaben völlig aus dem Lot geraten sind. Dieser Erkenntnis



aber verweigern sich führende Politiker, vielleicht auch deswegen, weil gerade ihre gießkannenartige Ausgabenpolitik einen großen Teil der eigenen politischen Macht sichert.

Wissend aber, dass die Staatseinkommen auf wenigen Faktoren beruhen, wäre es nunmehr an der Zeit, diese für die Wirtschaft des Landes fast schon lebenswichtigen Bereiche auch nach Kräften zu unterstützen – das Gegenteil ist jedoch oftmals der Fall. Als Beispiel dürfte hier der Finanzsektor dienen, bei dem die Politik noch wesentlichen unterstützenden Handlungsspielraum, steuerlicher und reglementarischer Art, hat.

Sollte man der Investmentfondsindustrie, in der qualifiziertes Personal Mangelware ist, nicht durch gezielte Steueranreize unter die Arme greifen, um so auch dazu beizutragen, optimale Rahmenbedingungen für die Industrie selbst und das von ihr benötigte Personal zu schaffen?

Das Rad muss nicht neu erfunden werden: Es genügt, sich unvoreingenommen mit den Managern dieser Industriezweige zusammzusetzen, sich umzuschauen, was in der (Finanz-)Welt läuft, und dann aber konsequent die eigenen Interessen verteidigen – auch im internationalen Umfeld.

Klassenbester zu sein, nur um der Ehre willen, ist ein müßiges Unterfangen. Klassenbester wird man, um einen Pro-

fit daraus zu ziehen, sonst lohnt sich die Anstrengung nicht. Liberale sagen Ja zur Ordnung des Finanzplatzes, lehnen aber zugleich eine zu enge Regulierung ab. Die Initiative muss sich lohnen, sie darf nicht durch zuviel oder zu eng gestrickte Regulierungen im Keim erstickt werden.

Dies gilt auch und insbesondere für die mittelständischen Unternehmen. Hier könnte die Politik, wenn sie denn wollte, zunächst einmal dafür Sorge tragen, dass die bereits im Land vorhandenen Betriebe sich auf ihr wesentliches Geschäft konzentrieren könnten, indem sinnlose administrative Zwänge abgebaut würden. Auch hier besteht auf der Steuerseite Handlungsspielraum, auch hier könnte man durch relativ einfache Maßnahmen die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen. Beispiel Ladenöffnungszeiten: Der Liberale steht dafür ein, dass der Markt sich hier selbst finden und regulieren sollte. Solange aber Gewerkschaften auch solche Überlegungen gleich mit dem Abbau sozialer Errungenschaften gleichsetzen, kann man von unternehmerfreundlicher Politik nicht sprechen. Die Prioritäten stimmen nicht mehr, und man kann diese nur neu definieren, wenn man unvoreingenommen an die Probleme des Sektors herangeht. Politik und Industrie/Handel sollte ein Miteinander sein, nicht ein Gegeneinander. Es bleibt viel zu tun, ohne dazu notwendigerweise einen schwerfälligen legislativen Prozess in Gang zu setzen.

In diesem Zusammenhang kann auch auf Adam Smith hingewiesen werden, einen der geistigen Väter des Kapitalismus, der sinngemäß sagte, dass wir nicht von der Wohltätigkeit des Fleischers erwarten können, unser Abendessen zu erhalten, sondern von der Verfolgung seines Eigeninteresses.

Der Haushalt 2007 zeigt, wie wichtig einzelne Wirtschaftsbereiche für Luxemburg geworden sind. Also sollten wir dieses Eigeninteresse auch unterstützen, und nicht durch teilweise schikanierende Überreglementierungen stiefmütterlich behandeln.

Deshalb ist es auch überfällig, dass eine einheitliche, mit verschiedenen Ministerien (wie bspw. dem Mittelstandsministerium) abgestimmte Wirtschaftspolitik definiert und umgesetzt wird. Der Aktivismus des Wirtschaftsministers in allen Ehren, aber es fehlt die koordinierte Herangehensweise, es fehlen Konzepte und vor allem konkret formulierte Zielsetzungen.

Der Wirtschaftsminister muss zudem auf die Unterstützung seiner Kollegen zählen können. Leider sind in dieser Regierung die Posten so verteilt, dass verschiedene Minister dem Chef des Wirtschaftsressorts das Leben ganz schön schwer machen können (was verschiedene tun). Auch hier muss

umgedacht werden, muss zur Debatte gestellt werden, ob wir es uns noch erlauben können, die Wichtigkeit wirtschaftlicher Aspekte in der politischen Auseinandersetzung hintanzustellen. Die DP hat einen „Zukunftstisch“ gefordert, an dem sich alle Parteien einer fundamentalen Debatte über die künftige Entwicklung des Landes stellen sollten – dies wurde aber von CSV und (!) LSAP abgelehnt.

Die DP hat einen „Zukunftstisch“ gefordert, an dem sich alle Parteien einer fundamentalen Debatte über die künftige Entwicklung des Landes stellen sollten – dies wurde aber von CSV und (!) LSAP abgelehnt.

Die Wirtschaft braucht heute anders qualifiziertes Personal, als dies noch vor wenigen Jahren der Fall war. Die Frage der Bildungspolitik muss erörtert werden und zwar weit über die Aspekte wie Hausaufgaben, Sockelkompetenzen und Kompensierung hinaus. Es geht hier um eine strategisch fundamental wichtige Debatte, scheint es momentan doch so zu sein, dass das Luxemburger Ausbildungssystem dem Arbeitsmarkt

nur mehr sehr bedingt die Leute zur Verfügung stellt, die dort auch wirklich gebraucht werden. Dies soll nicht als Vorwurf verstanden sein, sondern als Hinweis darauf, dass Bildungspolitik zu einer besseren Orientierung des Arbeitsangebotes an der flexiblen Arbeitsnachfrage beitragen muss, um die Chancen im Wettbewerb um die besten Köpfe zu verbessern.

Aber auch absolute Tabuthemen müssen angegangen werden. Wie soll beispielsweise künftig unser Arbeitsrecht gestrickt sein? Die DP forderte im Rahmen der Tripartite-Diskussionen, dass sich auch Gedanken über eine Flexibilisierung des Arbeitsrechts Gedanken gemacht werden sollten. Der Premier konterte sogleich, dass es mit ihm keinen Sozialabbau gäbe, etwas, was im Übrigen niemand gefordert hatte. Die Frage aber bleibt: Wenn man sich beispielsweise an den Systemen in verschiedenen skandinavischen Ländern orientiert, die nicht im Verdacht stehen, besonders unsozial zu sein, so kann man erkennen, wieviel Handlungsspielraum auch in diesem Themenfeld besteht, ohne soziale Errungenschaften gleich in Frage zu stellen. Die Debatte aber von vornherein ablehnen zu wollen, kann nur auf die Kritik der Liberalen stoßen, denn sie halten Arbeit für einen hohen sozialen Wert und Arbeitslosigkeit für eine unsoziale Unannehmbarkeit.

Diese und viele Fragen mehr sind zu klären, sind einfach zu klären: Man braucht nur offen an sie heranzugehen. In Luxemburg schlummern noch viele Möglichkeiten. Es ist an der Politik, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit diese Potenzialitäten auch erwachen und zum Vorschein kommen.

In einem Land von der Größe Luxemburgs sind die Wege kurz, oder sollten es zumindest sein. Eine der Stärken wäre somit die schnelle Reaktionsmöglichkeit auf auftauchende Probleme – in einer schnelllebigen Zeit ein enormer Wettbewerbsvorteil. Die Debatte muss ohne vorgefasste Meinung geführt werden, im Dialog zwar, aber auch mit der Entschlossenheit zum Handeln. Schreckt man hiervoor aber zurück, verweigert man sich von vornherein der Analyse von Lösungsvorschlägen unter dem Deckmantel der Verteidigung langbestehender Interessen, dann wird die Lösung schwieriger zu finden sein – wenn überhaupt.



POLYGONE

Les polyvalents

Déblayage et démolitions
Nettoyage de chantiers et de bâtiments
Entretien d'alentours
Location / vente de conteneurs de bureau
Vente / pose de clôtures
Location de toilettes mobiles DIXI

**Vous avez besoin d'un coup de main?
Appelez Polygone!**

49 20 05-1

Polygone S.à r.l.
37, rue de la Gare
L-7535 Mersch
Téléphone 49 20 05-1
Fax 40 57 61